

Der Gang ins Ausland: von der deutschen zur europäischen Perspektive

Anja Mihr

Vom »Binnenmarkt« der Forschung ist die Rede und vom gemeinsamen Europäischen Forschungs- und Hochschulraum mit dem Ziel, bis 2010 der wettbewerbsfähigste und dynamischste wissensbasierte Wirtschaftsraum der Welt zu sein – geht es nach dem Willen der Bildungsminister der Europäischen Union.¹ Sieht man sich das World University Ranking 2007 an, so wird man mit diesem hehren Wunsch noch einige Zeit warten müssen. Das Ziel 2010 ist sehr optimistisch gedacht; 2020 scheint realistischer. Denn im Ranking zeigt sich, dass sich unter den Top-50-Universitäten der Welt gerade einmal elf europäische Universitäten befinden, die meisten davon in Großbritannien. Deutsche Universitäten haben ihre Plätze auf den mittleren Rängen im Ranking, so auf Platz 60 die Universität Heidelberg oder auf Platz 65 die Ludwig-Maximilians-Universität in München.² Und das, obgleich Deutschland mit knapp 500 staatlichen und privaten Universitäten und Fachhochschulen die größte Hochschuldichte in Europa hat.

Dem Ranking zum Trotz – ein Zurück in die nationale Hochschulisolierung ist keine Alternative. Das haben auch die Hochschulrektoren in Deutschland und anderswo in Europa erkannt. Über die Hälfte aller deutschen Hochschulen haben bereits internationale Kooperationen, nicht nur in Europa.³ Doch zeigen diese Angaben der Hochschulrektorenkonferenz, dass eine Vielzahl der deutschen Hochschulen ihre Kooperationen und Studentenrekrutierung auf Deutschland allein konzentrieren.

Seit dem Beginn des Bologna-Prozesses 1999, der Umstellung auf einheitliche Bachelor- und Masterstudiengänge an den Hochschulen sowie der ein Jahr später getroffenen Entscheidung des Europäischen Rats von Lissabon, einen gemeinsamen Europäischen Forschungsraum (EFR) zu schaffen⁴, ist eine Kehrtwende in nationales Hochschuldenken nicht mehr vorstellbar.⁵ Mit anderen

-
- 1 Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaft, Grünbuch. Der Europäische Forschungsraum: Neue Perspektiven, KOM 161, Brüssel April 2007.
 - 2 Vgl. Times Higher Education, World University Rankings 2007. The Top 200 World Universities, online: <www.timeshighereducation.co.uk> [Juli 2008].
 - 3 Vgl. Hochschulrektorenkonferenz, Der Hochschulkompass der HRK. Internationale Kooperation deutscher Hochschulen – Eine Übersicht, online: <www.hochschulkompass.de> [Juli 2008].
 - 4 Der EFR soll mit über 50 Milliarden Euro für den Zeitraum 2007 bis 2013 durch das 7. europäische Forschungsrahmenprogramm (FRP) gefördert werden.
 - 5 Die Forschungsrahmenprogramme wurden bislang wie folgt von der Europäischen Kommission gefördert: 1. FRP 1984-1987 mit 3,3 Mrd. €; 2. FRP 1987-1991 mit 4,4 Mrd. €; 3. FRP 1990-1994 mit 6,6 Mrd. €; 4. FRP 1994-1998 mit 13,2 Mrd. €; 5. FRP

Worten: Wenn Europa im Zuge der Globalisierung in der Forschung, Wissenschaft und Lehre Weltspitze sein will, muss der Austausch von Forscherinnen und Forschern sowie Dozentinnen und Dozenten nicht nur befürwortet, sondern auch gefördert werden. Ziel sollte es sein, dass in zehn Jahren ein begabter Student aus China oder Brasilien, der entscheiden kann, ob er an die Yale University, nach Heidelberg oder Athen geht, die europäischen Universitäten als erste Wahl sieht. Eine ausgezeichnete Wissenschaftlerin aus Argentinien oder Russland sollte ebenfalls eine europäische Forschungseinrichtung für sich als die beste aller Optionen ansehen. Finnische Forscherinnen und Forscher sowie Dozentinnen und Dozenten sollten mit deutschen Kolleginnen und Kollegen regelmäßigen Austausch haben; mehrmonatige oder mehrjährige Aufenthalte an einer Universität außerhalb des Heimatlandes sollten die Regel statt die Ausnahme sein. Das hört sich vernünftig an, ist aber von der Realität weit entfernt. Dennoch ist Europa Spitzenreiter, wenn es um Quantität geht. In der Europäischen Union finden sich allein etwa 4 000 Hochschulen. Nimmt man den größeren Europa-Rahmen hinzu einschließlich des Balkans und sogar des Kaukasus⁶, in dem der Bologna-Prozess wirkt, sind es weit mehr als 5 000 Universitäten. Schätzungen zufolge studieren circa 15 Millionen Menschen an diesen Universitäten; ihre Zahl ist steigend.⁶

Was auf dem Papier so verheißungsvoll aussieht, erfordert in der Realität viel Umdenken und vor allem Handeln. Die Umsetzung der Beschlüsse von Bologna und Lissabon erfordert die Mobilität von Forscherinnen und Forschern sowie Dozentinnen und Dozenten über die Grenzen hinweg und dies über Jahre oder gar für die gesamte wissenschaftliche Karriere. Deutsche Hochschul- und Forscherkarrieren verlaufen vielerorts in der Regel antizyklisch zu dieser Bewegung. Das liegt nicht nur am deutschen Beamtenrecht, das einen Weggang von fest angestellten Professorinnen und Professoren sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern an andere europäische Hochschulen gar nicht erst zulässt – es sei denn, man verzichtet auf den Großteil seiner Pensionsansprüche –, sondern auch daran, dass hierzulande immer noch gilt, wer eine Professur oder einen Lehrstuhl in Deutschland haben will, sollte sich möglichst nahe im Windschatten einer bestimmten Professorenklientel aufhalten. Wer ausschert, lange Jahre im Ausland erfolgreich geforscht und gelehrt, gar extern promoviert und habilitiert oder einige Jahre außerhalb der Hochschulen gearbeitet hat, gilt als nicht vermittelbar; der Erhalt einer Professur wird zum Glücksfall. Ihr oder ihm fehlt der »Stallgeruch«. Dabei ist unbestritten, dass gerade jene Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die über den Tellerrand hinaus über mehrere

1998-2002 mit 15,0 Mrd. €; 6. FRP 2002-2006 mit 17,5 Mrd. €; 7. FRP 2007-2013 mit 53,2 Mrd. €, Angaben aus: Bundesministerium für Bildung und Forschung, Das 7. EU-Forschungsrahmenprogramm, Bonn und Berlin 2007, 6.

6 Vgl. Tätigkeitsbereiche der Europäischen Union, Die Rolle der Universitäten im Europa des Wissens, 5. Februar 2003, online: <<http://europa.eu>> [Juli 2008].

Jahre hinweg im Ausland oder außerhalb der eigenen Disziplin gearbeitet haben, zur innovativen Lehre und Forschung beitragen können.

Paradox ist zudem, dass gerade diejenigen Universitäten, die seit Jahrzehnten die Spitze des World University Rankings anführen wie etwa Harvard, Yale, Princeton in den USA oder Cambridge, Oxford und das University College London in Großbritannien oder die McGill University in Montreal, Kanada, genau solche Forscher- und Wissenschaftlerkarrieren fördern, die hierzulande in der Hochschulrealität verpönt oder belächelt werden. In den Sozialwissenschaften gilt anderenorts beispielsweise, dass jemand, der einige Jahre für eine internationale Organisation wie etwa die Vereinten Nationen, USAID oder auch die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) im Ausland oder in der Politik tätig war, eine zusätzliche Qualifizierung für Lehre und Forschung mitbringt. In den Natur- und Wirtschaftswissenschaften gilt der »Seitensprung« in die Wirtschaft oder in Forschungslabors von Großkonzernen ebenfalls als ein *added value*, der bei der Bewerbung dieser Kandidatinnen und Kandidaten honoriert wird. In Deutschland sind solche Wissenschaftlerkarrieren oder gar Professorenlaufbahnen bislang die Ausnahmen.

Ebenso paradox erscheint, dass es für eine deutsche Hochschulprofessorin oder einen deutschen Hochschulprofessor nach wie vor eine Auszeichnung ist, wenn sie oder er als Gastdozent an gerade eine derjenigen renommierten Universitäten im Ausland berufen wird, die ihr Renommee dadurch erhalten, dass sie kluge Köpfe mit außeruniversitären Karrierelaufbahnen fördern; umgekehrt fördert das deutsche System, aus dem hierzulande eine Wissenschaftlerin oder ein Wissenschaftler kommt, nicht die gleichen wissenschaftlichen Karrieren, die besagte Universitäten wie Harvard oder Oxford so attraktiv machen und im Ranking nach vorne bringen.

Doch wenn es nach den Bildungsministern von 46 europäischen Ländern geht, soll sich das alles ändern: Mehr Bologna, weniger nationale Hochschulpolitik in der Isolation. Bürokratische Hürden sollen abgebaut, der Austausch von Studierenden und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern gefördert werden. Denn es mangelt in Europa keineswegs an Einsicht, Studien oder Statistiken, um zu sehen, dass der jetzige Weg, gleich ob in Deutschland, Frankreich, Italien oder Griechenland, die Hochschulen nicht zu dem Ziel führt, 2010 oder später Teil des wettbewerbsfähigsten Hochschul- und Forschungsraums der Welt zu sein. Die Peking University und die Chinese University of Hong Kong liegen im Ranking noch weit vor Heidelberg, München, Barcelona oder Dublin. Um diese aufzuholen, bedarf es nicht nur einer klaren Strategie, sondern auch schnellerer Handlungsbereitschaft.

Leider gilt hierzulande immer noch das Prinzip, wer als deutsche Wissenschaftlerin oder deutscher Wissenschaftler in Deutschland keine Anstellung findet, gehört zur zweiten Garde. Sie oder er »muss notgedrungen« ins Ausland gehen. Nur wer in Yale, Oxford oder Harvard bereits ein eigenes Institut hat,

kann hoffen, wieder an eine deutsche Hochschule berufen zu werden, wenn dies dann noch erstrebenswert scheint. Jene Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler, die nach der Promotion oder Habilitation ins europäische Ausland gingen, haben es schwer, im Anfangsstadium ihrer Karriere wieder Anerkennung oder gar eine Anstellung in Deutschland zu bekommen. Vielmehr scheint es, dass jede Wissenschaftlerin und jeder Wissenschaftler, die oder der geht, als ein Konkurrent weniger gesehen wird, der um die wenigen Stellen für den wissenschaftlichen Nachwuchs und die Professorenstellen wetteifert.

Diese und andere Denkweisen werden sich im Laufe der nächsten Jahre ändern müssen, will Deutschland als Teil Europas und der Welt konkurrenzfähig werden. Vorstellbar muss sein, dass Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an mehreren Universitäten in Europa gleichzeitig angestellt sind und arbeiten; dass sie gegebenenfalls semesterweise pendeln zwischen den Universitäten und so beispielsweise in Athen lehren und in Hamburg forschen. Diese und andere Modelle sind möglich. Berufungskommissionen an Hochschulen sollten in ihre Bewertungskriterien einbeziehen, dass eine angehende Professorin oder ein angehender Professor einige Jahre im Ausland gelehrt oder gearbeitet haben muss; Kandidatinnen und Kandidaten, die aus dem (europäischen) Ausland kommen, könnten bevorzugt eingestellt werden. Mit anderen Worten, es muss einen Anreiz für die Hochschulen geben, damit sich Berufungskommissionen anders als bislang entscheiden und bei Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftlern nicht zuerst und allein auf das Alter und die Publikationsliste schauen, sondern auf den europäischen oder internationalen Werdegang. Denn solche Kandidatinnen und Kandidaten könnten den notwendigen *added value* in die Fakultät bringen, den diese wiederum braucht, um im Wettstreit um die besten Studierenden zu bestehen oder bei der Bewerbung um hochdotierte europäische Forschungsgelder, deren Voraussetzung eine Kooperation mit Einrichtungen in anderen Ländern ist. Damit wird der längerfristige Austausch von Forscherinnen und Forschern sowie Dozentinnen und Dozenten innerhalb wie außerhalb Europas Grundvoraussetzung für den Erfolg des Europäischen Forschungs- und Hochschulraums sein.

Die Zukunft liegt in Europa

Wo also liegt der europäische Forschungs- und Wissensstandort? Er liegt dort, wo sich Englisch als Arbeits- und Lehrsprache durchgesetzt hat, wo bürokratische Hürden und nationale Besoldungs- und Einstellungsregelungen abgebaut werden und wo Universitäten oder Forschungseinrichtungen eine unkomplizierte Arbeitsatmosphäre schaffen, um Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern unterschiedlicher Nationalitäten die Möglichkeit zu bieten, zu forschen und zu lehren. Das ist einfacher gesagt als getan, da Hochschulen in den meisten europäischen Ländern an Hochschulgesetze und Einstellungsvorschrif-

ten gebunden sind, welche die vom Europäischen Rat geforderte Mobilität von Humanressourcen einschränken. Nichtsdestotrotz gibt es eine Anzahl von positiven Beispielen, die immer mehr werden.

So hat etwa der Deutsche Akademische Austausch Dienst (DAAD) im Juni 2008 ein neues Programm zur »Qualität durch Internationalität« aufgelegt. Der DAAD ist die weltweit größte Förderorganisation für den akademischen Austausch. Damit sollen nicht nur Studierende, sondern auch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler nach Deutschland geholt werden und hier tätige Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ins Ausland gehen.⁷ Zwar ist damit der Hürdensprung 2010 nicht geschafft; es ist aber ein Anfang. Parallel zum 7. Forschungsrahmenprogramm (FRP) fördert die Europäische Union seit 2007 die zweite Phase der wissenschaftlichen Austauschprogramme unter dem Motto »Programm für Lebenslanges Lernen« (Lifelong Learning Programme, LLP, 2007-2013), das die früheren Programme wie SOKRATES oder LEONARDO ersetzt. Die Europäische Union setzt damit ein Signal, mehr Geld für Forschung und mehr Mobilität für die Lehre zur Verfügung zu stellen. Damit können deutsche Hochschuldozentinnen und -dozenten für einige Monate an eine europäische Hochschule gehen und dort unterrichten. Doch was diesen Programmen bisweilen fehlt, ist die Nachhaltigkeit. Mit dem kurzzeitigen Austausch wird den Hochschuldozentinnen und -dozenten zwar ein Anreiz gegeben, im Ausland zu lehren und zu arbeiten. Einige kommen hierbei auch auf den Geschmack, zum Beispiel osteuropäische Universitäten überhaupt in ihre Berufsplanung einzubeziehen. Was aber dem einheitlichen Hochschulrahmen an dieser Stelle entgegensteht, ist die sehr unterschiedliche Besoldung. Einmal ganz abgesehen von Pensionsansprüchen ist dies nach wie vor ein großer Nachteil für westliche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Da kann die Universität Tartu in Estland eine noch so gute Tradition und einen noch so guten Ruf haben und zugleich ein attraktiver Universitätsstandort sein, aber die Gehälter dort halten mit denen in Großbritannien, Finnland, Schweiz oder Deutschland nicht mit. Mobilität ist die eine Sache, aber einen gemeinsamen Hochschulraum zu entwickeln eine andere. Wer sich nicht konkret mit den Ursachen der Qualitätsunterschiede bei Lehre und Forschung in den europäischen Ländern beschäftigt – und dazu gehören bürokratische Hürden für ausländische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ebenso wie die Besoldungsunterschiede –, der wird das Ziel der Einheitlichkeit in Europa weder bis 2010 noch bis 2020 erreichen.⁸ Geht es nach dem Willen der europäischen Bildungsminister soll daher ab 2009 eine regelmäßige Evaluierung zur Mobilität des wissenschaftlichen Personals in den Ländern, die am Bologna-

7 Vgl. Deutscher Akademischer Austauschdienst, Qualität durch Internationalität: Neues Aktionsprogramm des DAAD, in: *DAAD-Magazin* (24. Juni 2008).

8 Die Europäische Union hat dazu bereits 1998 ein Kommuniqué herausgegeben: Tätigkeitsbereiche der Europäischen Union, Qualität der Hochschulbildung. Empfehlung des Europäischen Rates 561/98EG vom 24. September 1998, online: <<http://europa.eu>> [Juli 2008].

Prozess teilnehmen, stattfinden.⁹ Was allerdings geschieht, wenn ein Land keinen Anstieg der Mobilität von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aufzeigt, bleibt offen.

Was auf absehbare Zeit bleibt, sind einige wenige Universitäten, vorzugsweise in Großbritannien, die ihren Ruf um gute Forschungsbedingungen und hervorragende Lehre durch gute Betreuung von wenigen ausgesuchten Studierenden verteidigen werden. Sie suchen sich ihre Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie ihre Studierenden aus. Der Rest der Einrichtungen kämpft mit den Vorgaben, 40 Prozent eines Abiturjahrgangs an die Universitäten zu bekommen, bei gleichzeitiger Forderung nach verbesserter Betreuung und zusätzlicher Aufnahme von europäischen und nichteuropäischen Studierenden – ohne dabei das wissenschaftliche Personal entsprechend aufzustocken. Diese wenigen Universitäten in Großbritannien oder in der Schweiz werden die herausragenden Wissenschaftsstandorte und damit Inseln im europäischen Hochschulraum bleiben. Universitäten in der Türkei, in Griechenland oder in Litauen haben kaum Chancen unter die Top-100-Universitäten im World Ranking zu kommen. Dafür bräuchten sie den Austausch mit den Top-Universitäten Europas und eine veränderte Hochschulpolitik.

Die Bemühungen, sowohl einen einheitlichen Forschungs- als auch Hochschulraum Europa zu schaffen, laufen parallel. Die Mittel dafür werden stetig aufgestockt. Positiv dabei ist, dass seit Bologna 1999 die Einsicht besteht, dass ein Europäischer Forschungsraum mit seinen Instituten und Einrichtungen nur dann nachhaltig sein kann, wenn Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftlerinnen aus einem gemeinsamen Hochschulraum entdeckt und rekrutiert werden können. Der vom DAAD oder durch das LLLP geförderte Austausch von Nachwuchsforscherinnen und -forschern sowie Dozentinnen und Dozenten an den Universitäten ist auch eine Möglichkeit, Forschungsergebnisse oder Konzepte von Kolleginnen und Kollegen kennen zu lernen und auszutauschen. Das 7. Forschungsrahmenprogramm gibt hier ein deutliches Zeichen, da die Europäische Kommission die Gelder allein vom sechsten zum siebten FRP um 36 Milliarden Euro aufgestockt hat. Bedingung zum Erhalt dieser Gelder ist immer, dass Universitäten oder Forschungseinrichtungen mit Partnerinnen und Partnern aus anderen europäischen Ländern zusammenarbeiten. Dies ist eine Art »Quote«, die den Anreiz dafür schafft, dass sich Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Universität Coimbra in Portugal mit dem wissenschaftlichen Profil ihrer Kolleginnen und Kollegen an den Universitäten in Tartu, Estland, oder Brno in der Tschechischen Republik einmal auseinandersetzen und gemeinsame Forschungsideen erarbeiten.

9 Vgl. Londoner Kommuniqué, Auf dem Wege zum Europäischen Hochschulraum: Antworten auf die Herausforderungen der Globalisierung, Absatz 3.2., Stellungnahme der europäischen Bildungsminister, London 18. Mai 2007.

Ansatzweise gibt es sie schon, die gemeinsamen Forschungsinstitute, die von der European Science Foundation bereits seit 1974 eingerichtet und betreut werden. 30 europäische Länder und 77 Einrichtungen sind Mitglieder in dieser Stiftung. Auch wenn sie vornehmlich naturwissenschaftliche Forschungsprojekte und -institute fördert, ist die Stiftung ein Beispiel dafür, was in Europa machbar ist. Ihr geht es darum, Spitzenforscherinnen und -forscher aus den europäischen Ländern für einen längeren Zeitraum an gemeinsamen Forschungsprojekten zu beteiligen mit dem Ziel, international wettbewerbsfähig zu sein.

Ein Beitrag dazu, gute Forschung an wenigen Orten zu bündeln, ist auch der Standort. Das Europäische Hochschulinstitut in Florenz ist für Sozialwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler attraktiv – nicht nur wegen des wissenschaftlichen Austausches und der hervorragenden Lehr- und Forschungsbedingungen. Das Europakolleg, das College of Europe, in Brügge, Belgien, und Natolin, Polen, ist ein anderes von der Europäischen Kommission gefördertes Lehrinstitut mit attraktiven Standorten. Das European Inter-University Center for Human Rights and Democratisation, welches das von der Europäischen Union geförderte Europäische Masterprogramm für Menschenrechte und Demokratisierung beherbergt, liegt in Venedig und ist für Lehrende und Forschende von großer Anziehungskraft. Aber die Attraktivität des Standortes hängt nicht allein von der Lage in einer Lagunenstadt oder der Nähe zu den europäischen Institutionen in Brüssel ab, sondern sie hat mehr noch mit dem unbürokratischen Umgang mit wissenschaftlichem Personal und Studierenden zu tun. Wer zuerst landeseigene Hochschulgesetze zu Rate ziehen muss, um nachzusehen, ob eine europäische Einrichtung, ein Zentrum oder gar eine Institution an der Universität gegründet werden kann, hat bereits an Attraktivität verloren. Wer diese sogar als Konkurrenz zu den eigenen universitätsinternen Instituten betrachtet und wer nationale Forscherinnen und Forscher oder Dozentinnen und Dozenten den internationalen Kolleginnen und Kollegen vorzieht, sollte lieber die Finger vom gemeinsamen Europäischen Hochschulraum lassen.

Langfristig hat dies für das Ranking der Hochschule negative Folgen; doch kurzfristig beruhigt es die Gemüter an den betreffenden Universitäten. Dauerlicherweise geht es hierbei häufig um Ressourcen- und Kompetenzverteilung sowie Revierverteidigung. Sprachkompetenz ist schon lange kein Hindernis mehr. Englisch ist bereits Forschungssprache und setzt sich immer mehr als Unterrichtssprache in Europa, wie bereits an den meisten niederländischen Universitäten, und weltweit durch. Oder aber die Wissenschaftlerin oder der Wissenschaftler spricht ausreichend die Landessprache, um dort zu forschen oder zu unterrichten.

Europa ist nach wie vor vielfältig – so auch seine Hochschulkultur. Fast 5 000 Hochschulen auf einen einheitlichen Qualitätsstandard zu bringen ist ein schwieriges und vor allem langfristiges Unterfangen. Die von der Europäischen Union aufgestockten Gelder sind ein wichtiger Beitrag dazu. Sie ziehen aber

noch dringlicher und notwendigerweise mehr Handlungsbereitschaft an den Hochschulen nach sich. Von den Entscheidungsträgern an den Universitäten und Fachhochschulen hängt es ab, ob die Vision eines gemeinsamen Europäischen Hochschul- und Forschungsraums gelingen kann. Denn auch der Status von Professorinnen und Professoren ist sehr unterschiedlich ebenso wie die Abhängigkeit und damit auch Selbstbestimmung des wissenschaftlichen Nachwuchses und der Assistentinnen und Assistenten. Dementsprechend hält die Europäische Kommission in ihrem Grünbuch zum Europäischen Forschungsraum fest, dass heutzutage die Möglichkeiten der meisten Forscherinnen und Forscher noch immer durch institutionelle und nationale Barrieren, schlechte Arbeitsbedingungen und sehr begrenzte Laufbahnaussichten eingeschränkt sind.¹⁰ Wer, wann, wie und wo einen Antrag beim 7. Forschungsrahmenprogramm stellen kann und wer bestimmt, welchen Eigenbeitrag eine Universität dazu leistet oder welche Hochschulmittel im Sinne der Europäisierung umgewidmet werden müssen, ist eine Herausforderung der besonderen Art. Sie hat häufig mehr mit der Bewahrung alter Besitzstände zu tun und weniger mit dem Europäischen Hochschulraum. Die von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderten Exzellenzinitiativen an den deutschen Hochschulen haben sicherlich einen wichtigen Beitrag geleistet, dem entgegenzuwirken. Sie eröffnen vielen Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftlern neue Möglichkeiten und Perspektiven über die eigenen Landesgrenzen hinweg. Aber auch hier wird sich der Erfolg erst einstellen, wenn gesichert ist, was nach 2013 mit den Initiativen passiert. Wer nachhaltig agiert, wird zwangsläufig Teil des geförderten gemeinsamen Europäischen Hochschulraums. 2013 wird auch die Europäische Union Bilanz ziehen, was aus dem 7. FRP und den Mobilitätsprogrammen geworden ist. Dann entscheidet sich, welche Förderinitiativen tatsächlich erfolgsversprechend sind.

Hochschulpolitik ist komplex und zuweilen intransparent. Im Lichte der Europäisierung der Hochschulen muss daher, wie bereits erwähnt, die Politik unbürokratischer, transparenter und offener werden. Hochschulgesetze sollten neu überdacht, Einstellungsbedingungen von Lehrpersonal und Forscherinnen und Forschern geändert und Abschlüsse leichter anerkannt werden. Auch über eine Abschaffung des Fossils der Habilitation in Deutschland oder Österreich muss nachgedacht werden. Die Liste ließe sich beliebig fortsetzen mit einer Vielzahl an Hürden und Hemmnissen, die sich dem visionär gedachten gemeinsamen Europäischen Hochschul- und Forschungsraum entgegenstellen. Da gibt es nicht nur 46 Länder, die von Armenien bis Island weit über die EU-Grenzen hinaus Reformpakete schnüren, sondern gleichzeitig hunderte von unterschiedlichen Hochschulgesetzen und -verordnungen, die alle nach Veränderungen verlangen, deren Rahmenbedingungen in Bologna und Lissabon verabschiedet worden sind.

10 Vgl. Europäische Kommission, Grünbuch (Anm. 1), 12.

Die Idee vom gemeinsamen Forschungs- und Hochschulraum sollte motivieren. Denn Europa hat das Potenzial, tatsächlich der wettbewerbsfähigste Forschungs- und Wirtschaftsraum der Welt zu werden, wenn sich Forschung und Bildung noch besser vernetzen. Seine Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sind gut ausgebildet; Lehre und Didaktik treten zunehmend in den Vordergrund und werden bei der Evaluierung von Hochschuleinrichtungen in stärkerem Maße als bisher berücksichtigt. Vieles hängt daher vom Abbau bürokratischer Hürden, von Reformen, Mobilität und der Koordinierung von Personal und Forschungsvorhaben ab. Das Berufsfeld Wissenschaftsmanagement könnte durch den Titel des Europakoordinators an jeder Hochschule in Europa erweitert werden.

Dann möchte man dem Gedanken Glauben schenken, dass 2020 von den Top-50-Universitäten im World University Ranking die Hälfte in Europa sind. Immerhin wäre dies eine Steigerung um mehr als hundert Prozent gegenüber 2007.